Rundbrief 01 / 12

attac

Große Vermögen beschneiden

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern



Foto: Boykin Reynolds

Inhalt

1 EUR 50

Seit etwa vierzig Jahren kreist die kapitalistische Krise um ein einziges Problem. Es ist offensichtlich mit Händen zu greifen und doch scheint es kaum jemand zu begreifen. Die Frage heißt: Wohin mit dem vielen Geld der großen VermögensbesitzerInnen? Spätestens in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre war das so viel geworden, dass es zunehmend schwieriger wurde, Anlagemöglichkeiten mit zufriedenstellender Rendite zu finden.

Seitdem dreht Regierungspolitik in aller Welt sich nur doch darum, die Profite der Investoren zu garantieren. Statt das Problem zu lösen, wird es auf diese Weise stetig verschärft. Immer weitere Teile des gesellschaftlichen Reichtums werden in Kapital, immer mehr Produktivkapital wird in Finanzinvestitionen umgewandelt. Ganze Lebensbereiche, die einmal der Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen dienten, wie etwa das Gesundheitswesen, werden in Märkte verwandelt.

Im Jahr 2000 argumentierte die EU-Kommission, dass fünf Billionen Euro zusätzlich für die Finanzmärkte mobilisiert werden könnten, wenn EU-weit soviel Geld in privaten Pensionsfonds angelegt würde wie in den Niederlanden – währenddessen platzte gerade die Dotcom-Blase! 2010 stellte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fest, dass kein Rentensystem so unbeschadet durch die Krise gekommen sei wie das deutsche, weil es noch immer weitgehend auf dem Umlageverfahren beruht – nach der Krise allerdings müsse es wegen der demografischen Entwicklung dringend privatisiert werden!

Die deutschen Bundesregierungen spielen bei dieser Entwicklung seit mehr als zehn Jahren eine treibende Rolle. Nirgendwo wuchs die Ungleichheit schneller, nirgendwo fielen die Löhne stärker, nirgendwo wurde und wird so aggressiv Wirtschaftspolitik auf Kosten auch der engsten politischen Partner gemacht. Keine Dummheit ist zu dumm, dass sie von der deutschen Politik nicht vertreten würde. Selbst die schwäbische Hausfrau, die von Ökonomie vermutlich mehr versteht als ihr Finanzminister, muss herhalten, um zu begründen, warum man ihr Einkommen und öffentliche Dienste reduziert, damit Banken und Investoren weitermachen können wie bisher.

Dabei wären die notwendigen Schritte klar und einfach: Die großen Vermögen müssen radikal beschnitten, die öffentlichen Schulden gestrichen, das Geld muss in die Daseinsvorsorge gesteckt werden. Vor diesen scheinbar radikalen Schritten schrecken leider auch noch viele Menschen zurück, die tatsächlich unter der Krisenpolitik von Merkel und Co. leiden. Das zu ändern, hier mehr Mut zu haben und zu machen, wird Aufgabe eines aktionsreichen Frühjahrs sein müssen.

Werner Rätz, Attac-Rat

Demokratie und Demokratieabbau in Europa

„Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere mal als Farce." (Marx) Die Herrschaft Deutschlands über Europa wurde als Tragödie 1939 bis 45 aufgeführt, nun scheint sie sich als Farce zu wiederholen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die gegenwärtige, autoritäre Wendung hat nichts zu tun mit der Monströsität der Naziverbrechen, die in ihrer Singularität exzeptionell sind. Aber es ist ein weit verbreiteter Irrtum zu glauben, die Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat müssen die Form barbarischer Schlächter in Uniform annehmen – insofern wiederholt sich die Geschichte eben nicht. Gefahren für die Demokratie kommen nun im Gewand der „gemeinsamen Lösung" daher, die das Anders-Denken ausschließt, die die Gleichschaltung in den Köpfen vollzieht. Merkel diktiert zusammen mit der EZB „im großen medialen Konsens" den Ländern Europas nicht nur neoliberale Kürzungsprogramme, sondern auch, welche Regierungen abzulösen und wie die nationalen Verfassungen zu ändern sind. Eine Farce ist das deshalb, weil die scheinbar starke Frau Europas selbst eine Getriebene ist, die meint den Imperativen der zum Subjekt gewordenen Märkte zu folgen. Das Ergebnis ist eine weitere Verstümmelung der europäischen Demokratie.



Foto: Boykin Reynolds

Mit der Finanzkrise 2008 erhöhte sich die Staatsverschuldung in ganz Euroland dramatisch. Alle Länder liegen in ihrer Gesamtverschuldung deutlich über der EU Grenze von 60 Prozent des BIP. Einige Staaten traf es besonders hart, nämlich Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien. Die Gesamtverschuldung von Griechenland und Italien liegt heute deutlich über 100 Prozent. Das führt dazu, dass sie bei der Umschuldung auslaufender Kredite extrem hohe Zinsen bieten müssen. Aus diesem Grund wurde der „europäische Rettungsschirm" EFSF aufgespannt, aus dem bisher Griechenland, Portugal und Irland Kreditsicherungen erhielten. Diese wurden von den reicheren Euro-Staaten verbürgt. Weil nun aber die Gefahr besteht, als Bürge in Anspruch genommen zu werden, machte die Bundesregierung ein großes Geschrei: Man wolle nicht die „faulen Griechen" finanzieren. Tatsächlich schützt der Rettungsschirm nicht „die Griechen" sondern die Banken und Anteilseigner, deren Zinsansprüche bei einer Pleite verloren gehen könnten.

Das neue autoritäre Regime in Europa wurde im ersten Akt installiert, als die Konditionen für Hilfskredite aus dem EFSF diktiert wurden. Die Konditionen hießen: kürzen, bis sich die Balken biegen, bei den Renten, Löhnen und Sozialausgaben – nicht gefordert wurden Steuererhöhungen für die Reichen. Gefordert wurden außerdem Privatisierungen – bis zur Idee, Griechenland solle seine Inseln verkaufen. Die Zustimmung der Parlamente in den Schuldnerstaaten geriet zur Groteske, fortgesetzt durch die Entmachtung des Bundestages durch ein Gesetz, das einem neunköpfigen Unterausschuss die Macht übertrug, über Summen zu entscheiden, die beinahe so groß sind wie der jährliche Bundesetat.

Zum zweiten Akt der Farce wurde der Vorhang gelüftet, als der griechische Ministerpräsident Papandreou es vorzuschlagen wagte, eine Volksabstimmung über die verordneten Sparmaßnahmen durchzuführen. Papandreou musste kurze Zeit später gehen. Ihm folgte auf Druck der Mächtigen in der EU Berlusconi, dem man keine Träne nachweinen muss. In Italien und Griechenland wurde nun nicht etwa neu gewählt. Stattdessen wurden „Expertenregierungen" installiert. Da wird als Farce aufgeführt, was als Tragödie das Ende der Weimarer Republik einläutete. Deren letzte Regierungen vor 1933 waren das Kabinett der Barone unter Franz von Papen, der vom parteilosen Kurt von Schleicher abgelöst wurde, der das letzte „Präsidialkabinett" aus reaktionären, parteilosen „Experten" zusammen setzte. Der Grieche Loukas Papademos und der Italiener Mario Monti genießen das Vertrauen der EU und „der Wirtschaft", nicht ihrer Bürger; Monti war EU-Wettbewerbskommissar, Papademos war Vizepräsident der EZB.

Im Dritten Akt verpflichtet Merkel die EU-Staaten nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse in ihre nationalen Verfassungen zu schreiben, wonach die Neuverschuldung noch höchstens 0,5 Prozent des BIP ausmachen darf – sonst gibt es Geldstrafen, was besonders idiotisch ist. Außerdem soll die EU-Kommission die nationalen Haushalte kontrollieren und ein „Durchgriffsrecht" haben, wenn diese nicht ausgeglichen sind. Es werden also nicht nur die nationalen Verfassungen europäisch diktiert, sondern auch die nationale Haushaltspolitik. Man erhofft sich so, „die Märkte" zu beruhigen. Ebenso gut hätte man auch „ruhig Brauner" rufen können. Die neue, europäisch überwachte Kürzungspolitik wiederholt die Fehler der Präsidialkabinette der Weimarer Republik – sie spart in der Krise. Dadurch werden keine Krisen gelöst, sondern verschärft. Das lässt sich derzeit am Beispiel Griechenlands idealtypisch beobachten. Die Demokratie wurde dem Götzen „Finanzmarkt" geopfert, aber der ist noch lange nicht besänftigt.

Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht und Rechtstheorie an der Uni Bielefeld und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac

Europa: Ja oder Nein – ist das die Frage?



Foto: Boykin Reynolds

In der derzeitigen Krise droht die Frage, ja oder nein zu Europa zum Dilemma zu werden: Kritik an der vorherrschenden EU-Politik ist nötiger denn je, gleichzeitig wird jede Kritik an der EU als europafeindlich bezeichnet und von allen ein Bekenntnis zur Integration erwartet. Aber muss man als Pro-EuropäerIn jeden Integrationsschritt bedingungslos befürworten? Ist also beispielsweise eine europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik per se gut bzw. ein Wert für sich – unabhängig von den Inhalten? Das wäre sehr blauäugig: In den vergangenen Monaten wurde die wirtschaftspolitische Koordination deutlich ausgebaut, die Folgen sind Lohndruck, Sozial- und Demokratieabbau. Das wird nicht dadurch gut, dass es europäisch gemacht wird. Unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen bedeutet mehr europäische Integration vor allem mehr soziale Kälte und weniger demokratische Rechte. Es fehlt eine starke europäische Zivilgesellschaft, die in der Lage ist, auf der europäischen Ebene um soziale Rechte zu kämpfen und an den demokratischen Rechten, die sie als Mittel verwenden könnte.

Ist es deswegen sinnvoller, eine anti-europäische Haltung einzunehmen? Soziale Kämpfe in den Nationalstaaten scheinen aussichtsreicher, denn dort gibt es eine lebendige Zivilgesellschaft und ein relativ breites Set an demokratischen Rechten. Doch die Spielräume werden durch die internationale wirtschaftliche Verflechtung immer enger. Zudem bedeutet mehr Nationalstaat mehr Nationalismus, Patriotismus und Egoismus. Die Stimmung kippt ohnehin gerade stark nach rechts. Wenn die Idee des geeinten Europa nun scheitert, kann das in deutlich Schlimmerem als einem neoliberalen Europa enden.

Hat man also nur die Wahl zwischen Pest und Cholera? Zwischen einem neoliberalen Europa der sozialen Kälte und einem rückwärtsgewandten Nationalismus? Anstatt uns vor diese Wahl stellen zu lassen, sollten wir eine dritte Position entwickeln: Ja zu Europa, aber zu einem anderen!

Die Vision eines anderen Europa zu skizzieren ist gar nicht so schwer: Zum einen muss es nach innen solidarisch sein, das heißt eine Politik als Integrationsgrundlage entwickeln, die zu einer Angleichung und Anhebung sozialer und ökonomischer Standards führt. Elemente sind eine koordinierte hohe Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitalerträgen, ein gemeinsamer Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung, ein europaweiter Mindestlohn, Mindeststandards in den sozialen Sicherungssystemen oder Finanztransfers von Überschuss- in Defizitländer. Zum anderen muss die Solidarität auch nach außen gerichtet sein. Dies würde bedeuten, hohe Summen zur Bekämpfung von Armut und zur Milderung der Folgen des Klimawandels zu organisieren, weniger entwickelten Ländern einen fairen Marktzugang zu gewährleisten oder Schutzzölle sich entwickelnder Ökonomien zu akzeptieren.

Diese Vision auszubauen, weiterzuentwickeln und durchzusetzen ist nur im europäischen Austausch zivilgesellschaftlicher Akteure möglich. Das Organisieren breiter Bündnisse ist gleichzeitig der wichtigste Schritt zur Überwindung des Dilemmas, denn man entwickelt auf diese Weise eine Vorstellung davon, wo Europa hin soll. Gleichzeitig bildet sich eine europäische Zivilgesellschaft, die in der Lage ist, für diese Vision zu streiten.

Zusätzlich – und als erste Schritte in Richtung eines solidarischen Europa – braucht es konkrete Antworten auf die Krise, die an den ganz aktuellen Entwicklungen anknüpfen. Die Schlussfolgerung aus diesem Dilemma ist, sich auf Forderungen zu konzentrieren, die mit der Vision eines solidarischen Europa kompatibel sind, die aber eine pro-europäische Haltung nicht per Definition, quasi als Selbstzweck, transportieren. Ein Beispiel dafür wäre die Forderung nach einer europaweit koordinierten Vermögensabgabe.

Natürlich ist das alles nicht einfach. Bündnisprozesse, gerade die internationalen, sind zäh und kräftezehrend. Aber sie sind notwendig, denn es gibt keine Alternativen. Die Chancen für internationale Bündnisse und Mobilisierungen sind heute so gut wie lange nicht. Man denke nur an den arabischen Frühling, die spanischen 15M, die Indignados oder Occupy. Die internationale Zivilgesellschaft ist in Bewegung geraten.

Steffen Stierle, Attac Koordinierungskreis und Projektgruppe Eurokrise
Anne Karrass, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Von Anne Karrass und Steffen Stierle ist im November 2011 der Attac-Basistext „Europakrise – Wege hinein und mögliche Wege hinaus“ erschienen. Der Basistext ist auch im Attac-Webshop erhältlich:
www.attac.de/webshop

Alternatives Weltwasserforum FAME

Vom 14. bis 17. März 2012 in Marseille



Jener Morgen hatte es wirklich in sich. Die Toilettenspülung funktionierte nicht, die Dusche blieb trocken und dann auch noch ohne Kaffee ins Büro. Aber auch dort klagten die Kolleginnen und Kollegen über einen ähnlich miesen Tagesbeginn, und aus den Nachrichten erfuhr man schließlich, dass auf unbestimmte Zeit aus unseren Wasserhähnen kein Wasser mehr fließen würde, gewährleistet sei aber eine Mindestversorgung durch Wassertankwagen, so zumindest für die nächsten Wochen. Von jenem Tag an war nichts mehr wie zuvor. Das bis dahin selbstverständlich immer zur Verfügung stehende Nass erschien uns im Rückblick wie ein paradiesischer Komfort.

Im Gegensatz zu vielen Regionen der Erde, in denen vor allem Frauen und Kinder täglich viele Kilometer zu Fuß zurücklegen müssen, um einige Liter Wasser nach Hause zu tragen, erscheint das eben geschilderte Szenario hier in Deutschland nur wie ein böser Traum, denn Trinkwasser ist in unserem Land überall verfügbar. Die Wasserqualität genießt einen guten Ruf, im Jahr 2007 wurden in Deutschland über 81,6 Millionen Einwohner von 6.211 Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung mit Trinkwasser beliefert. Dies entspricht einem Anschlussgrad von ca. 99 Prozent.

Daseinsvorsorge Wasser

Die Trinkwasser Ver- und Abwasserentsorgung fällt in Deutschland im Rahmen ihres Auftrages zur Daseinsvorsorge gemäß Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz grundsätzlich in die Verantwortung der Gemeinden. In der Europäischen Union werden die Leistungen der Daseinsvorsorge, und damit die Wasserversorgung, unter dem Begriff „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" bzw. „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse" zusammengefasst.

Und obwohl die Europäische Wasserrahmenrichtlinie besagt, dass Wasser keine übliche Handelsware ist, „sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss" (Erwägung (1), Richtlinie 2000/60/EG), möchte die Europäische Kommission den Wassermarkt am liebsten liberalisieren. Das Europäische Parlament sprach sich in der Vergangenheit gegen eine solche Liberalisierung aus.

Weltwasserrat – Think Tank und Lobbyist der Wasserindustrie

Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit agieren die transnationalen Konzerne in einem Netzwerk internationaler Wasserorganisationen, um die globale Wasserpolitik ihrer profitorientierten Logik unterzuordnen.

So gründeten sie 1996 den Weltwasserrat (World Water Council, WWC), der sich als internationaler Think Tank für Wasserpolitik versteht und das alle drei Jahre stattfindende Weltwasserforum (WWF) ausrichtet. Neben Regierungsvertretern finden sich unter den Eingeladenen Branchenmitglieder, supranationale Institutionen, NGO, Gewerkschaften und vor allem private Unternehmen. Loïc Fauchon, zugleich Generaldirektor von der Société des Eaux de Marseille, einer Tochtergesellschaft der weltweit führenden Wasserkonzerne Veolia und Suez, hat den Vorsitz für dieses Forum inne, das Lösungen für alle Wasserprobleme vorspiegelt. Kein Wunder, dass das Wort Gewinnerwartungen (besser Profit) dort nicht vorkommt.

Das Alternative Weltwasserforum 2012

2003 fand in Florenz parallel zum 3. WWF in Kyoto ein erstes Alternatives Weltwasserforum statt, das die Legitimität des WWF in Frage stellte und die Aufnahme des Menschenrechts auf Wasser in der UN-Charta forderte. Auf den folgenden WWFs in Mexiko (2006) und Istanbul (2009) wurde dieser Ruf immer lauter, bis dies in der UN im Jahr 2010 zum Erfolg führte.

Die jüngsten Erfolge gegen die Kommerzialisierung von Wasser in Berlin, Italien und Paris, wie der Berliner Volksentscheid zur Offenlegung der geheimen Verträge über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, das siegreiche Referendum in Italien gegen die beschlossene Privatisierung der Wasserversorgung und die Rekommunalisierung der Pariser Wasserbetriebe im Jahre 2010 zeigen, dass die Öffentlichkeit mehr und mehr die fundamentale Bedeutung dieses Themas erkennt.

Vom 14. bis 17. März 2012 findet in Marseille parallel zum 6. WWF das alternative Weltwasserforum unter dem Namen FAME (Forum Alternatif Mondial de lEau) statt. Unter dem Motto „Wasser Quelle des Lebens, nicht des Profits" (L'eau source de vie, pas de profit) werden Aktive aus der globalen Wasserfriedensbewegung nach Marseille kommen, um über ihre Alternativen zur profitorientierten Wasserwirtschaft zu sprechen und die Legitimität des konzerngesteuerten WWF weiter öffentlich in Frage zu stellen.

Es haben sich bereits mehr als 150 Gruppen angemeldet, die in 50 Workshops wichtige Themen aufgreifen wie Wasser und Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Energie und Fracking (Schiefergasgewinnung), geopolitische Konflikte, Zugang zu sauberem Wasser, das Recht auf Wasser und die Kämpfe für mehr Demokratie, Public-Private-Partnerships (PPP), Alternative Technologien und Rückbesinnung auf traditionelles Wissen, Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften (PuPs), Finanzierung von öffentlichem Wasser, Klimaveränderung, Forschung oder Kultur aufgreifen.

Kommt nach Marseille, Ihr seid herzlich eingeladen.

Jutta Schütz, **Christiane Hansen** und **Dorothea Härlin**, Aquattac D

Kontakt: international@fame2012.org
in Deutschland: christiane.hansen@attac-m.org

www.fame2012.org

Aquattac hat eine Power Point Präsentation für Vorträge und Veranstaltungen zum Thema Wasser erstellt, sie kann bestellt werden bei: dorotheahaerlin@gmx.de



Auf der Treppe vor der UNDP-Konferenz: Wangui übersetzt nach unserer Attac-Einführung, was Attac in Kenia konkret heißen könnte.

Attac in Kenia? Sisyphos und Zuversicht

Zum G8-Gipfel, zur EPA-Kampagne, zum Bankentribunal und für die PPP-Kampagne reiste die Vollzeitaktivistin und studierte Juristin Wangui Mbatia schon durch Deutschland, bevor im Sommer 2010 drei Attacies zum Gegenbesuch nach Kenia aufbrachen: Alexis Schwartz, Jutta Sundermann und Carolin Franta, letztere mit ihren beiden Söhnen. Die Begegnungen der Reise zeigten: Soziale Bewegung ist eine Herausforderung, in Kenia noch viel mehr als bei uns. Denn eine Armut wie wir sie in Deutschland nicht kennen, erfordert die Unbeirrbarkeit eines Sisyphos.

Etwa ein Jahr vor unserem Besuch hatten 600 Familien eine ungenutzte Teilfläche eines Militärflughafens in Nairobi besetzt. Nach heftigen Polizeieinsätzen konnten die Siedler bleiben. Wangui unterstützt die Großgruppe juristisch und war auch an den Plänen für die Besiedlung beteiligt. Ein lebenswerter Ort sollte es werden, ein Ort mit breiten Wegen und dem erforderlichen Mindestabstand zum Fluss. Er ist es nicht geworden. Dicht an dicht drängen sich heute die Hütten aus Blech, Zweigen und Lehm, oft nur ein oder eineinhalb Meter bleiben bis zum Nachbarn, von Straßen keine Spur. Die Hütten stehen bis an den Fluss. An manchen Stellen steigt Dampf vom Boden auf, dort lauert Todesgefahr, weil die angezapften Elektrokabel verletzt sind und das benachbarte Erdreich aufladen. Trotzdem arbeiten die BewohnerInnen an ihrer Infrastruktur, organisieren gemeinsame Veranstaltungen und versuchen, soziale Spannungen abzubauen.

Das war eine bedrückende Erfahrung: Fast überall und allezeit misstrauen die Menschen einander. Nicht unbegründet, verschwinden doch Wertsachen oder Geld gar zu schnell und gilt immer wieder der kurzfristige eigene bzw. Clan-Vorteil mehr als die Perspektive einer langfristig guten Nachbarschaft oder gemeinsamen Organisation. Reichtum und bittere Armut finden dicht nebeneinander statt und steigern die Spannungen – das ist überall an scharfen Glasscherben auf hohen Grundstücksmauern zu sehen. Ihren Regierungen nicht zu trauen haben die KenianerInnen schon vor langer Zeit gelernt.

Viele Rahmenbedingungen verschlechtern sich ständig. Die Lebenserwartung sinkt wieder in Kenia. Die Landflucht geht weiter, täglich kommen Hunderte neu nach Nairobi und suchen nach ein wenig Platz in einem der wuchernden Slums. Sie hoffen auf Geld und Arbeit. Viele verlassen die ländlichen Regionen, weil Landgrabbing ihnen die Möglichkeit nimmt, selbst anzubauen und weil Saatgut – noch nicht durch Gentechnik, sondern vor allem durch das Angebot von Hybriden – nicht mehr eigenständig vermehrt werden kann. Die Wasserversorgung wird immer problematischer, Flüsse verschwinden. In den Städten wird das Leben teurer, Mieten steigen, Privatisierungen und Dienstleister führen dazu, dass Slumbewohner für ihr Wasser mehr bezahlen müssen als die Menschen, die sich noch eine Wohnung in der Hauptstadt leisten können.

Wangui hofft, dass eine größere Vielfalt der politischen Aktionsformen die Einmischungen weniger gefährlich macht. Für ihren Geschmack organisieren ihre Mitstreiter zu oft phantasielose Aufmärsche. Bei diesen Demonstrationen wird es laut, und meist beendet die Polizei sie gewaltsam und mit zahlreichen Verhaftungen. Für eine Aktion, die zur mehrstündigen Blockade eines Polizeireviers führte, stehen während unseres Aufenthaltes Wangui und sieben weitere Aktivisten vor Gericht. Vier Jahre liegt das schon zurück, seitdem werden alle acht gezwungen, jeden Monat fast einen ganzen Tag dranzugeben, um zum Gericht zu fahren, sich dort vorzustellen und manchmal eine einzelne Zeugenaussage anzuhören. Wir sind dabei, als die Angeklagten zum ersten Mal selbst aussagen. Nach einem hochinteressanten Prozesstraining der unter anderem in den USA ausgebildeten Wangui lauschen wir acht klaren Aussagen. Jeder berichtet, was ihn just an diesem Tag zum Polizeirevier führte und warum er oder sie keinesfalls Teil einer ordnungswidrigen Versammlung war. Ein Urteil gibt es noch nicht, aber die Staatsanwältin sah eindeutig so aus, als ob ihr die bissigen Rückfragen ausgegangen wären.

Trotz alledem erleben wir viele zuversichtliche und ungebrochene AktivistInnen. Am 4. August 2010 haben die KenianerInnen in einem Referendum der neuen Verfassung zugestimmt. Sie beinhaltet viele richtige Ansätze, auch wenn es mit der Umsetzung hakt. JuristInnen wie Wangui konnten aber schon Landgrabbing-Projekte mit Verweis auf die Verfassung stoppen und setzen darauf, dass die Siedler in „ihrem Slum" deshalb nicht einfach vertrieben werden können.

Fast fünf Wochen lang begleitete uns Wangui – hochschwanger und kein bisschen leise – zu vielen Graswurzelgruppen, mit denen sie und ihr „Kengo" (Kenian network of grassroot organisations) zusammenarbeiten. Mehrere Male waren wir zu Gast beim Peoples Parliament, das das ganze Jahr über täglich im Jeewanjee-Park mitten in Nairobi tagt und von Mittag bis in die Nacht hinein diskutiert. Nur gelegentlich sind Frauen in der Runde dabei, meist debattieren 20 bis 40 Männer intensiv Tagespolitisches und Grundsätzliches. Wangui ist unangefochten die Wortführerin und bringt immer wieder wichtige strategische Vorschläge in die Runde ein. Das Peoples Parliament hat die Prozesse um die Verfassung intensiv begleitet und mit für das Referendum geworben. Es ist ziemlich wirksam, weil häufig auch Parlamentarier in der Hauptstadt ihren Weg in den Park finden und eine Weile zuhören oder mitreden.

Wir trafen aber auch Selbsthilfegruppen, die Toiletten bewirtschaften und es verstehen, Hilfsorganisationen als Sponsoren für Gemeinschaftsveranstaltungen zu gewinnen, oder Müllbastlerinnen, die Frauen mit HIV neuen Lebensmut geben und sich gegen den weit verbreiteten Chauvinismus organisieren. Mehrere unserer Gesprächspartner bestätigten uns: Die Zahl und die Qualität dieser Selbsthilfegruppen nimmt ständig zu. Sie verbinden damit die Hoffnung, dass in Kenia doch noch andere Zeiten anbrechen können. Zeiten, in denen Politik nicht mehr ein Synonym für Korruption und Stammesdünkel ist und den Menschen statt den klingenden Kassen Weniger dient.

Wir erzählten viele Male von der Arbeit von Attac in Deutschland und immer häufiger kam die Frage, ob Attac auch ein Projekt für Kenia sein könnte. Wir sammelten in der zweiten Hälfte unseres Aufenthalts viele Adressen und verteilten viele Flyer. Vor allem Studierende würden gerne an den Themen Globalisierung und Staatsverschuldung, Korruption, Gentechnik und Wasserprivatisierung arbeiten. Wangui und ein harter Kern von Mitstreitern möchten die Herausforderung annehmen. Attac Deutschland unterstützte jetzt ein erstes überregionales Treffen.

Jutta Sundermann, Attac Koordinierungskreis

Die Stationen und Recherchen, spannende Begegnungen und viele Hintergründe sind nachzulesen im Attac-Blog:
http://blog.attac.de/?tag=kenia



Riesen-Banner vor Frankfurt-Skyline



Attac-Ratschlag

Rückblick

15. Oktober 2011
Mehr als 40.000 bei Protesten gegen Bankenmacht und für Demokratie
In mehr als 900 Städten in 82 Ländern tragen Menschen ihre Wut über die Macht der entfesselten Finanzmärkte auf die Straße und fordern echte Demokratie ein. Mit Aktionen in mehr als 50 Städten beteiligt sich Attac in Deutschland an den Protesten. Der Kundgebung vor der Europäischen Zentralbank schließen sich 8000 Menschen an. Bei einer Attac-Anhörung im voll besetzten Berliner Grips-Theater berichten ZeugInnen aus Griechenland, Spanien und Island, wie verheerend sich die radikalen Kürzungen in ihren Ländern auswirken.

21. Oktober 2011
Protest vor dem Kanzleramt: Banken in die Schranken!
Während die Spitze der schwarz-gelben Koalition über ein neues Bankenrettungspaket berät, fordern BürgerInnen vor dem Kanzleramt „Schranken für die Banken". Zu der Protestaktion haben Attac und Campact aufgerufen.

21. Oktober 2011
Finanztransaktionssteuer für Armutsbekämpfung und Klimaschutz
Mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt macht das Bündnis „Steuer gegen Armut" weiter Druck für eine Finanztransaktionssteuer. Die Forderung: Künftige Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer müssen für die weltweite Armutsbekämpfung und den Klimaschutz eingesetzt werden.

22. Oktober 2011
Proteste gegen Macht der Banken und für echte Demokratie gehen weiter
Erneut beteiligen sich Tausende in mehr als 25 Städten Deutschlands am Aktionstag der Occupy-Bewegung. Attac fordert, die Großbanken zu entmachten, damit echte Demokratie wieder möglich wird.

27. Oktober 2011
Halbzeit Schwarz-Gelb: Mehr Transparenz, Mitbestimmung und Kontrolle nötig!
Nach zwei Jahren CDU-FDP-Regierung stellen Attac, LobbyControl und Mehr Demokratie bei einer Pressekonferenz fest: Bei der demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, der Souveränität der Politik gegenüber Lobbyeinflüssen und den Mitbestimmungsmöglichkeiten der BürgerInnen hat Schwarz-Gelb nichts bewegt.

30. Oktober 2011
Attac-Ratschlag: Aufruf, aktiv zu werden
Mit einem Aufruf an alle BürgerInnen, in ihren Städten für mehr Demokratie und gegen die unkontrollierte Macht der Finanzmärkte aktiv zu werden, beenden die Attac-Aktiven ihren Ratschlag in Saarbrücken.

1. November 2011
232.000 Unterschriften für Finanztransaktionssteuer übergeben
Kurz vor den G20-Gipfel gibt die Kampagne „Steuer gegen Armut" Finanzminister Wolfgang Schäuble über 230.000 Unterschriften für die Finanztransaktionssteuer mit auf die Reise nach Cannes.

10. November 2011
Riesen-Banner vor Frankfurt-Skyline: „Banken in die Schranken!"
AktivistInnen von Attac und Campact hängen ein 13 Meter langes Banner über eine Main-Brücke. „Banken in die Schranken" ist auf dem Transparent zu lesen, im Hintergrund ist die Banken-Skyline der Stadt zu sehen.

12. November 2011
18.000 umzingeln Regierungsviertel und Bankenzentrum
Das Berliner Regierungsviertel und das Bankenzentrum in Frankfurt am Main sind umzingelt. Insgesamt 18.000 Menschen beteiligen sich an den Menschenketten des Bündnisses „Banken in die Schranken". Immer mehr Menschen haben es satt, dass die Finanzmärkte die Politik vor sich hertreiben und Großbanken ganze Gesellschaften erpressen können.

26. bis 28. November 2011
Starkes Signal gegen Atomkraft: Anti-Castor-Proteste im Wendland
23.000 Menschen bei der Anti-Atom-Demo in Gorleben und massenhafte Blockaden: Der Widerstand gegen den Castor-Transport ist bunt und erfolgreich. Attac ruft mit zu der Demonstration auf und beteiligt sich an der Sitzblockade mit „X-tausendmal quer".

29. November 2011
Attac in Bundestags-Anhörung zu Finanztransaktionssteuer
In der Anhörung des Finanzausschusses fordert Detlev von Larcher für Attac deutliche Korrekturen am Richtlinienentwurf der EU-Kommission für eine Finanztransaktionssteuer in Europa. Attac verlangt die Besteuerung auch von Derivaten sowie von Devisentransaktionen

und tritt für einen einheitlichen Steuersatz von mindestens 0,05 Prozent ein.

10. Dezember 2011
Zum Tag der Menschenrechte: Mit Essen spielt man nicht!
In vielen Städten verteilen Attacies am Tag der Menschenrechte den Flyer „Mit Essen spielt man nicht!" und fordern die Passanten auf, Banken den Rücken zu kehren, die in Geschäfte mit dem Hunger verwickelt sind.

11. Dezember 2011
Durban: Zu viele Konzerninteressen, zu wenig Klimagerechtigkeit
Die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Durban sind erbärmlich. Verträge, die erst in zehn Jahren greifen sollen, sind völlig unzureichend, um die beginnende Klimakatastrophe zu stoppen. Attac fordert deutlich kürzere Fristen für die Industrieländer und die EU.

17. Dezember 2011
Hessnatur in die Hände von Kunden und Belegschaft!
Aktive der Kampagne „Betriebe in Belegschaftshand", von Attac und der Genossenschaft hnGeno fordern vor dem Düsseldorfer Sitz des Karstadt-Quelle-Mitarbeiter-Trusts den Verkauf von Hessnatur an die hnGeno.

3. Januar 2012
Public Private Partnership: Katastrophale Bilanz nach zwölf Jahren
„PPP: Zwölf Jahre sind genug – uns brummt der Schädel." Unter diesem Motto informieren Attac und die Initiative „Gemeingut in BürgerInnenhand" (GiB) bei einem Katerfrühstück in Berlin über so genannte Öffentlich-Private Partnerschaften.

9. November 2011
Attac-Gründungsforderung steht im Mittelpunkt der Debatte
Bei einem Treffen mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy deutet Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Bereitschaft an, die Finanztransaktionssteuer auch in der Eurozone einzuführen. Die Attac-Gründungsforderung steht im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Nur die Zwei-Prozent-Partei FDP blockiert.

14. Januar 2012
Arme Kinder – reiches Land
200 Menschen kommen zur sechsten Veranstaltung der Reihe „Arme Kinder – Reiches Land" von Attac Karlsruhe zusammen. Unter dem Motto „Elite Macht Krise" gehen sie den skandalösen politischen Ursachen und Auswirkungen von Kinderarmut und Benachteiligung auf den Grund.

15. Januar 2012
Globaler Aktionstag: Proteste in 30 deutschen Städten
Die Bewegung für echte Demokratie und eine Umverteilung der Krisenlasten zu den Reichen geht weiter: Auch in Deutschland gehen Tausende auf die Straße. Attac beteiligt sich in vielen Städten.

16. Januar 2012
Satirische Aktion vor der FDP-Zentrale
Vor dem FDP-Präsidium protestieren Campact und Attac mit einer satirischen Jubeldemo gegen das Nein der FDP zu einer Finanztransaktionssteuer in der Eurozone. Motto: „Politik für 1,8 Prozent! Nein zur Finanztransaktionssteuer!"

Ausblick

10. bis 12. Februar 2012
Tagung „Geld, Finanzmärkte, Europas Zukunft"
Europa im Würgegriff der Finanzmärkte. Was muss geschehen, damit sich das ändert? Diese Frage soll bei einer Finanzmarkttagung im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef beantwortet werden. Als ReferentInnen sind mehrere Attac-ExpertInnen dabei.

25. und 26. Februar 2012
Europäische Aktionskonferenz
Es ist Zeit, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam Proteste gegen die unsoziale Krisenpolitik auf die Beine zu stellen. Gelegenheit dazu soll eine Spektren übergreifende, europäische Aktionskonferenz in Frankfurt am Main bieten. Weitere Informationen folgen:
www.attac.de

2. bis 4. März 2012
Bundesweites „Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation"
Das Forum bietet die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und sich zu vernetzen. Darüber hinaus dient es als Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie.
www.solidarische-oekonomie.de

24. und 25. März 2012
Attac-Frühjahrsratschlag in Jena
Erfahrungsaustausch steht im Mittelpunkt des Frühjahrs-Ratschlags in Jena. Der Ratschlag ist das Attac-Basistreffen und offen für alle Attac-Aktiven sowie aktive Nichtmitglieder.

20. bis 22. April 2012
Kongress McPlanet.com 2012 – Too big to fail!
McPlanet.com – das ist der Bewegungskongress an der Schnittstelle von globaler Gerechtigkeit, Globalisierungskritik und Umweltbewegung. „Too big to fail" lautet diesmal das Motto. Zu den acht Trägern des Kongresses gehört auch Attac.
www.mcplanet.com

Alle Termine:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

† Roland Klautke



Foto: Jakob Huber

Roland hatte viel zu sagen und tat dies auch, obwohl er sich nicht sicher war, dass Reden etwas nützt. Er war immer ein intellektueller Begleiter unserer Arbeit und doch war er keiner von den „organischen" Intellektuellen, den sich von oben zu den Armen herabneigenden. Roland war ganz und gar anwesend in den sozialen Auseinandersetzungen, die Kämpfe der Armen waren auch die seinen. Und obwohl ihn kaum finanzielle Sorgen drückten, starb auch er früher, wie das bei den Armen eben so ist. Er war treu und verlässlich, ohne dass er je so getan hätte, als hielte er jede Zusage ein. Er wusste, dass etwas dazwischenkommen konnte, aber er wusste auch, was er versprochen hatte, und erklärte, dass er es nicht einhalten könne. Roland tat niemals so, als könne oder wolle er oder sonst jemand die Welt alleine retten. Er wusste genau, dass die Dinge nicht von heute auf morgen anders werden würden. Aber er hat an dieser Tatsache gelitten und sie nie als gegeben akzeptiert. Roland neigte gar nicht zu hektischem Aktionismus, hat diesen bei manchen Überengagierten sogar gnadenlos verspottet. Und doch wollte er am liebsten schon heute in einer anderen Gesellschaft leben und hat er sich wohl nie auch nur für einen Moment emotional in diesem Widerspruch einrichten können. Trotz aller Ruhe in Diskussionen und Widersprüchen, trotz gesetztem Habitus und wenig emotionalem Auftreten: Roland war zu keiner Sekunde versöhnt mit den Widersprüchen dieser Welt oder denen, die damit problemlos leben konnten.
Roland starb nach kurzer, schwerer Krankheit am 30. Dezember 2011.

Let the train blow the whistle



Wolfgang Spindler, unser Freund und ehemaliger Kollege, ist tot. Der Welt fehlt mit ihm ein Mensch mit einem großen, links schlagenden Herzen, der sich für Gerechtigkeit stark machte. Der wollte, dass die Menschen sich mit Achtung begegnen. Dem deutliche Worte lieber waren als leere Floskeln. Der aufrecht und unkonventionell durchs zu kurze Leben ging, mit Jazz und Blues und Rock'n'Roll im Gepäck.
Wolfgang hat uns in den Anfangstagen des Frankfurter Büros nach Kräften unterstützt, hat unsere Computer zum Laufen und uns nicht selten zum Lachen gebracht, hat stundenlang darüber diskutiert, wie eine bessere Welt zu schaffen sei. Sein Engagement für Attac hat auch im Bereich der Mitgliederverwaltung eine solide Basis geschaffen, auf der wir noch heute aufbauen. Vor allem aber sprühte er vor guten Ideen, wenn es darum ging, Attac kulturell zu bereichern.
Wolfgang starb am 13. November 2011 nach langer Krankheit und aussichtslosem Kampf. Er wird Attac und uns fehlen.

Menschen in Attac

Da geht noch einiges

Max Bank über die Arbeit im Koordinierungskreis von Attac



Engagement bei Attac kann sehr unterschiedlich sein. Während manche Aktivitäten deutlich sichtbar sind, sei es bei Demos, Aktionen oder Veranstaltungen, spielt sich die Arbeit in den Gremien von Attac stets im Hintergrund ab. Dabei ist diese Arbeit unverzichtbar. Ob sich in einer Ortsgruppe eine Vorbereitungsgruppe für eine Aktion bildet, oder ob die bundesweiten Attac-Aktivitäten koordiniert werden müssen: Ohne konkrete Planungen und Absprachen gelingt vieles nicht. Allerdings stellen sich die meisten Gremienarbeit nicht gerade spannend vor. Wir haben uns von Max Bank (29) erzählen lassen, was ihn an der Arbeit im Koordinierungskreis – kurz: Kokreis – von Attac reizt.

Max, Du bist jetzt seit 2008 Mitglied im Kokreis. Wie hat es denn mit Dir und Attac überhaupt angefangen?
Eigentlich ist mir politisches Engagement schon in die Wiege gelegt worden – aufgewachsen bin ich in einem politischen Wohnprojekt. Kulturell habe ich meine Wurzeln in der Punk- und Hardcoreszene, die natürlich auch eine politische Grundlage hat. Andere erste politische Erfahrungen habe ich dann in der antirassistischen Arbeit gemacht und kam dann über die Proteste beim G8-Gipfel in Köln 1999 zur Globalisierungskritik. Ein wichtiger Auslöser für meine Entscheidung, mich bei Attac zu engagieren, war das Europäische Sozialforum 2003 in Paris. Da habe ich unter vielen engagierten Menschen eben auch zahlreiche Attacies kennen und schätzen gelernt. Danach war es nur noch ein kleiner Schritt, eine Freundin zum WTO-Arbeitskreis von Attac Köln zu begleiten, und seitdem bin ich eben bei Attac an Bord. Meine Lieblingsmomente waren bisher auf jeden Fall die großartigen Gipfelproteste in Heiligendamm 2007 und das Klimacamp 2008. Den Einstieg in den Kokreis habe ich dann zuerst als Vertreter von Noya, dem Jugendnetzwerk von Attac, gefunden. Inzwischen bin ich aber zu alt dafür …

Wie hast Du den Übergang in den Kokreis empfunden? Es ist doch eher ungewöhnlich, dass sich jemand in Deinem Alter begeistert in die Gremienarbeit stürzt.
Also, das mit dem Übergang weise ich natürlich weit von mir, wenn Du damit meinst, dass ich vom Aktivisten zum Gremienhocker geworden bin (lacht). Ich kombiniere eben beides, so wie eigentlich alle meiner Kokreiskolleginnen und -kollegen. Meine Arbeitsschwerpunkte sind die Eurokrise und Bankenkritik … trotz meines Nachnamens. Und da diskutiere ich gleichermaßen inhaltlich wie ich eben auch auf der Straße mal eine Bank mit umzingle. Das sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Was sich aber geändert hat, ist mein Blick auf Attac. Während ich mich früher eben nur meinen eigenen Arbeitszusammenhängen gewidmet habe, rückt im Kokreis das Netzwerk als Ganzes in den Vordergrund. Den Überblick über die verschiedenen Arbeitsbereiche und die Vielfältigkeit der Perspektiven auf und in Attac zu behalten ist eine ziemlich große Herausforderung …

Wie muss ich mir die Arbeit in einem Gremium wie dem Kokreis konkret vorstellen? Hat das noch was mit Spaß zu tun?
Im Kokreis müssen wir das aktuelle politische Geschehen strategisch einordnen und dann die daraus folgenden Aktivitäten koordinieren. Da wird man häufig auch vom Tagesgeschehen gedrängt. Die notwendige Kokreisarbeit teilen wir uns in Arbeitsgruppen. Da können wöchentlich unterm Strich auch gut 20 Stunden Kokreisarbeit zusammen kommen. Natürlich macht dabei nicht alles Spaß. Die Vorbereitung unserer Treffen ist zum Beispiel für mich eher eine Pflichtaufgabe, die ich übernommen habe. Andere Sachen mache ich deutlich lieber, wie Pressearbeit oder die Moderation unserer Sitzungen. Grundsätzlich klasse an Gremienarbeit ist für mich aber, dass sie mir die Chance gibt, mich bewegungspolitisch verantwortungsvoll einzubringen.

Und was wünschst Du Dir, wie es mit Attac weitergehen sollte?
Ich denke, Attac braucht weiterhin eine bewegungspolitische Anbindung, um seine Schnittstellenfunktion zwischen Sozialen Bewegungen und stärker etablierten Akteuren wahrnehmen zu können. Das ist eine der Stellen, an denen wir wirklich wichtig sind. Und es täte Attac mit Blick in die Zukunft sicher gut, wenn wir uns auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren. Sand im Getriebe des Finanzmarktkapitalismus zu sein als strategische Herausforderung, sozusagen. Da sind wir schon auf einem guten Weg, aber ich glaube, da geht noch einiges!

Interview: **Jule Axmann**

Finanztransaktionssteuer

Endspurt auf der ersten Etappe



18. Januar 2012, Satirisches Tauziehen vor dem Bundeskanzleramt

Bald ist sie hoffentlich da – die Finanztransaktionssteuer (FTS). Auf der Zielgeraden sind allerdings noch erhebliche Widerstände zu überwinden: Eine EU-weite Einführung wird an den Briten scheitern. Deswegen wird die Steuer nur in einer Staatenkoalition eingeführt werden können. Hierzulande blockiert deswegen noch die FDP, der aber dabei erkennbar die Puste ausgeht. Um Länder wie die Niederlande oder Irland mit ins Boot zu holen, zählen wir auf die Unterstützung der internationalen Kampagne.
Doch selbst wenn das gelingt, wird „Steuer gegen Armut", das deutsche Kampagnenbündnis für die FTS, noch einiges an Mobilisierungskraft aufwenden müssen, um die Durchlöcherung der Steuer zu verhindern. Mit einer abgespeckten Variante darf sich Attac keinesfalls zufrieden geben. Hier könnt Ihr Euch weiter auf die Arbeit der Kampagne verlassen. Wer sich informieren und inhaltlich fit machen möchte, kann sich auf www.attac.de/fts auf den neuesten Stand bringen.
Denn so erfreulich die guten Aussichten auf eine Einführung auch sind, so unerfreulich sieht es bei der Mittelverwendung aus. Schwarz-Gelb weigert sich, Einnahmen aus der FTS für globale Armutsbekämpfung oder Umwelt- und Klimaschutz vorzusehen – und ausgerechnet der zuständige Entwicklungsminister Niebel ist eine Katastrophe.
In der internationalen Debatte ist die Steuer dagegen als Instrument für Entwicklungs- und Klimafinanzierung etabliert. Selbst die französische Regierung spricht sich offiziell für eine Verwendung für Entwicklungsfinanzierung aus. Hier können wir also andocken. Deutschland und Frankreich verfehlen seit vierzig Jahren das wenig ambitionierte Versprechen, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Ohne starken Druck aus den Wahlkreisen, also durch Euch, wird sich daran nichts ändern.
Über www.steuergegenarmut.org (Rubrik Mitmachen), unseren Newsletter und die Facebook-Gruppe von Steuer gegen Armut informieren wir über laufende Aktionen. Bisher haben wir u. a. mit 100.000 Unterschriften kürzlich der FDP eingeheizt, in Robin Hood-Kostümen Banker ausgeraubt und mit einer garantiert jugendfreien Peepshow den Kirchentag unsicher gemacht (die Bastelanleitung geben wir gerne weiter). Auf unseren Internetseiten haben wir zahlreiche Videoclips und Infomaterialien zum Weiterverbreiten und könnten mit Eurer Unterstützung einen Filmspot in die Programmkinos bringen. Obwohl Attac in der Öffentlichkeit eng mit der FTS verbunden wird und wir punktuell viel Unterstützung von Euch bekommen haben, ruht die kontinuierliche Mitarbeit in der Kampagne doch auf sehr wenigen Schultern. Deswegen sind neue MitstreiterInnen herzlich willkommen.

Rainald Ötsch und **Detlev von Larcher**,
AG Finanzmärkte und Steuern

www.attac.de/fts

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Attac-Frühjahrsratschlag am 24. und 25. März 2012 in Jena

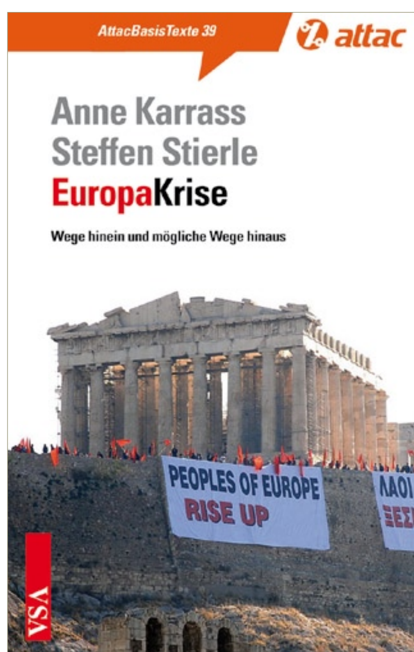
Im Mittelpunkt des Ratschlags wird die Rolle von Attac im Widerstand gegen die deutsche und europäische Kürzungspolitik stehen. Wir werden die strategische Debatte über die aktuelle Situation und unsere politischen Anknüpfungspunkte, Widerstandspotenziale und konkreten Interventionsmöglichkeiten in diesem Jahr führen. Darüber hinaus werden wir an der strukturellen Entwicklung von Attac weiterarbeiten und intensiv darüber diskutieren, wie diese den veränderten Herausforderungen gerecht werden kann.
Grundsätzlich gilt: Der Ratschlag ist immer eine gute Gelegenheit, sich zu vernetzen und einen intensiven Austausch über Attac-Themen zu führen. Der Attac-Ratschlag tagt öffentlich. Alle interessierten Menschen aus lokalen Gruppen, Mitgliedsorganisationen und bundesweiten Arbeitszusammenhängen sowie aktive Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen.

Alle weiteren Infos zum Ratschlag finden sich demnächst unter:
www.attac.de/ratschlag

Aus dem Attac-Shop

Die Eurokrise schreitet mit Siebenmeilenstiefeln voran. Wer sie noch durchblicken möchte, findet im Webshop einiges Lesenswertes dazu, in erster Linie natürlich den brandneuen Basistext:

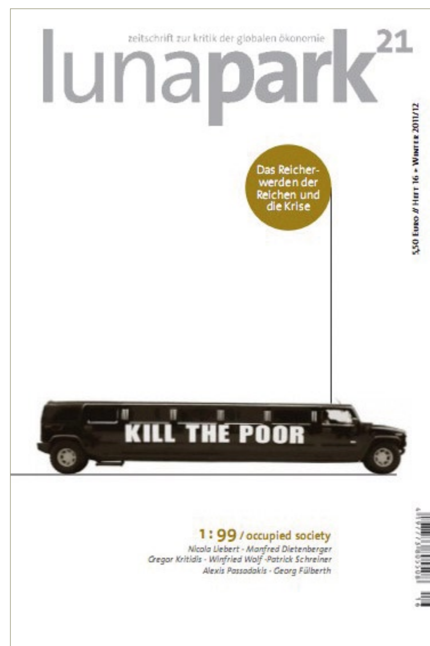
Anne Karrass / Steffen Stierle: EuropaKrise. Wege hinein und mögliche Wege hinaus. (AttacBasistext 39)



Die Europäische Union befindet sich derzeit in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Nicht nur die gemeinsame Währung, das gesamte Integrationsprojekt steht auf dem Spiel. Die vorherrschende Krisenpolitik von EU und IWF – maßgeblich vorangetrieben von der Bundesregierung – stellt einen weitreichenden Angriff auf soziale und demokratische Rechte dar. Die Krise wird ausgenutzt, um den europäischen Neoliberalismus nachhaltig zu verschärfen und den Wohlstand immer weiter nach oben umzuverteilen. Wie konnte es so weit kommen?
Dieser Basistext zeichnet die einzelnen Etappen der EU-Krise nach und analysiert ihre politischen und ökonomischen Ursachen. Aber er zeigt auch auf, welche Alternativen es gibt.
Dr. Anne Karrass, Sozialökonomin, arbeitet im Deutschen Bundestag und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
Steffen Stierle ist Volkswirt, Mitglied im Koordinierungskreis sowie der Projektgruppe Eurokrise und koordiniert den Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Broschiert, 96 S., 7 EUR

Lunapark21 #16: 1:99 / occupied society



Die aktuelle Ausgabe #16 der Zeitschrift Lunapark steht ganz im Zeichen der Eurokrise und der Occupy-Proteste. So nimmt Lucas Zeise in seinem Beitrag „Postdemokratie in Euroland" die Entdemokratisierung, die mit der aktuellen Krisenpolitik Hand in Hand geht, unter die Lupe, und Patrick Schreiner stellt fest: „‚Technokraten' regieren Griechenland & Italien". Auch Winfried Wolf kritisiert in „Eurorettung = Abbau sozialer & demokratischer Standards" die Folgen der Krisenpolitik. Nicola Liebert erklärt, „Warum das Reicherwerden der Reichen Krisen fördert". Eine Einordnung der Welt in Bewegung gibt Alexis Passadakis mit dem Beitrag „Umbruch auf den Kontinenten: Die neue globale Bewegungswelle". Ein weiterer Beitrag dokumentiert, wie linke chinesische Aktivisten Occupy Wall Street unterstützen. Außerdem finden sich in der Ausgabe Artikel über den beginnenden US-Wahlkampf, 20 Jahre Kapitalismus in Russland, den größten Streiktag in der britischen Geschichte und vieles mehr.
Weitere AutorInnen der Ausgabe: Sebastian Gerhardt, Hannes Hofbauer, Felix Jaitner, Ingo Matuschek, Christian Bunke, Sybille Stamm, Bärbel Danneberg, Christiane Lehmann, Manfred Dietenberger, Gregor Kritidis, Georg Fülberth, Bernhard Knierim, Bernd Köhler, Thomas Kuczynski und J.H. Wassermann.

Zeitschrift, 76 S., 5 EUR

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden, die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per mail an:
info@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Gabriele Rohmann,
Richard Schmid, Kay Schulze,
Steffen Stierle, Laura Valentukeviciute
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen?
Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Auf die Vermögen, fertig, los!

Tax the rich!



Das vergangene Jahr stand im Zeichen der Proteste für eine ganz andere Krisenpolitik. „Banken entmachten, Reichtum umverteilen, Demokratie erkämpfen!“ – diese Forderungen brachte Attac zu vielen Gelegenheiten auf die Straße und in die Medien. In diesem Jahr schließen wir natürlich an diese Forderungen an, denn nach wie vor läuft die Krisenpolitik in die völlig falsche Richtung – die Krisenkosten gehen stets zu Lasten der Menschen am unteren Einkommensende.
Es wird Zeit für sehr konkrete Maßnahmen: Attac fordert nicht nur eine Regulierung der Finanzströme, wir brauchen substanzielle Veränderungen im Sinne echter Vermögensumverteilung. Dabei geht es nicht um plumpen Neid auf „Reiche“. Tatsache ist aber: Die Konzentration von großen Vermögen auf einige wenige Menschen ist eine relevante Krisenursache. Die neoliberale Globalisierung hat weltweit eine gewaltige Umverteilung von Vermögen von unten nach oben erzeugt; die Schere zwischen Arm und Reich hat sich stets weiter geöffnet, die Krisen der letzten Jahre haben diese Entwicklung noch verstärkt. Während die Finanzströme ungehindert fließen, verlieren die meisten Menschen rapide an Lebensqualität – sowohl durch individuelle Verarmung als auch durch die öffentliche Hand. Dem Reichtum einiger weniger Vermögender steht die Pleite ganzer Staaten entgegen. Und ein Blick in die Kassen unserer Kommunen lässt uns nur feststellen: Wir alle sind Griechen.
Wir brauchen eine Vermögensabgabe! Im Augenblick arbeiten wir an verschiedenen Umverteilungsmodellen und prüfen sie auf ihre Wirksamkeit. Klar ist, dass es mit kleinen Korrekturen im Steuersystem nicht getan sein wird. Der Fixierung auf Sparpolitik und Neuverschuldung als Mittel der Wahl bei der Krisenbekämpfung stellen wir auf der Lösungsseite etwas entgegen: Mit einer Vermögensumverteilung erhöhen wir massiv die öffentlichen Einnahmen!
Jetzt brauchen wir auch Deine finanzielle Unterstützung, um neue Projekte und Aktivitäten für eine Vermögensumverteilung anzustoßen! Wir brauchen neue Materialien für unsere Öffentlichkeitsarbeit, um möglichst viele Menschen an der Diskussion über Umverteilung beteiligen zu können. Wir müssen Veranstaltungen organisieren, um unsere Alternativen bekannt zu machen. Und wir müssen selbstverständlich weiterhin unseren Protest auch mit Demonstrationen und Aktionen sichtbar machen! Unsere Umverteilungsoffensive steht in den Startlöchern; unterstütze sie doch mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder online unter
www.attac.de/spenden
mit einer Anschubfinanzierung.

Vielen Dank für Deine Unterstützung!

